



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich	Drucksachen-Nr.: 22-2750 Datum: 07.03.2022
--------------------------	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Hauptausschuss	08.03.2022

Solidarität mit der Ukraine - Unterstützung für Geflüchtete in Hamburg-Mitte (Antrag der SPD-, CDU-, FDP- und GRÜNE-Fraktion)

Sachverhalt:

Wir, die Fraktionen der SPD, CDU, FDP und Die Grünen in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte erklären hiermit, angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffs und Beginn eines Krieges von Seiten Russlands auf die Ukraine unsere volle Solidarität mit dem demokratischen Staat der Ukraine und dessen Bürgerinnen und Bürgern.

Im Bezirk Hamburg-Mitte ist die Gesellschaft sehr vielfältig. Hier leben Menschen aus der ganzen Welt, besonders auch Menschen, die aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stammen.

Wir verurteilen diesen Krieg, und damit den Bruch mit dem Völkerrecht, und fordern die sofortige Einstellung des Angriffskrieges, das ernsthafte Verhandeln zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes und den Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine.

Alle Menschen, die aus ihrem Heimatland, der Ukraine, fliehen müssen, sind bei uns ausdrücklich willkommen. Wir unterstützen die Maßnahmen des Hamburger Senats und der Bundesregierung und möchten den Geflüchteten so schnell wie möglich auch in unserem Bezirk unsere Hilfe anbieten.

Insbesondere kümmern wir uns um die Unterbringung der geflüchteten Menschen in geeigneten Einrichtungen und unterstützen das zivilgesellschaftliche Engagement im Sinne von Kleiderkammern und ähnlichen Initiativen, wie sie sich bürgerschaftlich entwickelt haben. Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte wird einen „Sonderfonds Geflüchtete Ukraine“ in Höhe von 50.000 € für Soforthilfemaßnahmen bereitstellen.

Petitum/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund möge der Hauptausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschließen:

1. Die Bezirksversammlung unterstützt die kurzfristigen Bemühungen der Hamburger Fachbehörden zur Aktivierung von Unterbringungsmöglichkeiten für aus der Ukraine geflüchtete Menschen.
2. Der Bezirksamtsleiter wird darüber hinaus gebeten, zusätzliche Flächen zu suchen und bei entsprechender Eignung vorzuschlagen. Diese Flächen sollten bevorzugt in den Stadtteilen gefunden werden, die bisher weniger Beitrag zur Unterbringung von Geflüchteten geleistet haben. Eine weitere Konzentration von Einrichtungen ist zu vermeiden.
3. Die Bezirksversammlung stellt einen „Sonderfonds Geflüchtete Ukraine“ zur Verfügung, aus dem

Institutionen, die sich aktiv in der Geflüchteten- und Vertriebenen-Hilfe einsetzen, Gelder beantragen können. Dieser Sonderfonds soll im Ausschuss für Sozialraumentwicklung behandelt werden und soll 50.000 Euro aus dem Förderfonds Bezirke (konsumtiv) beinhalten.

4. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine dadurch Ausdruck zu verleihen, dass das Bezirksamt mit den ukrainischen Landesfarben beflaggt wird.